



Presseschau vom 23.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: "Die USA haben sich selbst überlistet" - Generaloberst Schpak zur Taliban-Rückkehr

Georgi Schpak, der im Jahr 1979 ein sowjetisches Luftlanderegiment bei der Übernahme Kabuls leitete, teilt im Interview mit RT seine Ansichten zu den Gründen des jüngsten Siegs der Taliban und dessen geopolitischen Auswirkungen mit. Zu Kabul sagt er: "Die Stadt war dem Fall geweiht." ...

<https://kurz.rt.com/2mse>

Glenn Diesen: Der Westen will, dass Russland das Erbe der UdSSR abwirft – doch ohne wäre es kein Russland

Braut sich in Russland die Rückkehr der Sowjetunion zusammen? Jedes Mal, wenn Moskau über die positiveren Aspekte seiner Geschichte auch nur nachdenkt, stellen sich westliche Politiker und Journalisten diese Frage – und wähen imperiale Pläne. ...

<https://kurz.rt.com/2mf9>

Rainer Rupp: Analyse: Die Taliban sind jetzt militärisch besser ausgerüstet als viele NATO-Länder

Nach der US-geführten NATO stehen nun die afghanischen Taliban an zweiter Stelle der Rangliste der größten und militärisch bestausgerüsteten Terrororganisationen der Welt, sogar

mit eigener Luftwaffe. Allerdings mehren sich die Zweifel, ob der Begriff Terrororganisation für die Taliban noch angebracht ist. ...

<https://kurz.rt.com/2mt7>

Seyed Alireza Mousavi: Nach Scheitern des Westens: Afghanische Stammesgesellschaft und Herausforderungen der Nachbarländer

Pakistans Premierminister Imran Khan sagte unlängst, die westliche Demokratie habe ausgedient. Nach dem Debakel des Westens in Afghanistan suchen Nachbarländer nach einem regionalen Konzept, um dem von ethnischen Konflikten heimgesuchten Land bei der Bewältigung der Krise zu helfen. ...

<https://kurz.rt.com/2mqh>

Dagmar Henn: Schluss mit dem Theater! Kabul braucht einen zivilen Flughafen mit zivilen Flügen

Am Kabuler Flughafen spielt sich eine humanitäre Katastrophe ab. Gestern sind sieben Menschen im Gedränge gestorben. Aber wer ist daran schuld? Wirklich die Taliban? Und warum wird die gesamte Evakuierung nicht mit zivilen Mitteln abgewickelt? ...

<https://kurz.rt.com/2mum>

abends/nachts:

snanews.de: Tschechischer Präsident Zeman wirft Geheimdienst Abhören seiner Telefonate vor

Tschechiens Präsident Milos Zeman ist nach eigenen Angaben jahrelang vom tschechischen Sicherheits-Informationsdienst (BIS) abgehört worden. Zuvor hatte das Prager Portal Neovlivní unter Berufung auf zwei unabhängige Geheimdienstquellen berichtet, dass der BIS den Präsidentenberater Martin Neiedli ausspionierte.

„Hier geht es nicht nur um Neiedli, BIS hört auch den Präsidenten der Republik ab“, sagte Zeman am Sonntag in einem Interview mit dem Sender Blesk. Ihm zufolge dauert das schon seit einigen Jahren.

„Vor einigen Jahren hat mir ein hochrangiger Beamter des BIS mitgeteilt, dass (BIS-Leiter Michal) Koudelka den Befehl gegeben hat, meinen inneren Kreis – also mich auch – abzuhören, weil das Abhören über Mobiltelefone erfolgt. Bekanntlich habe ich kein Handy. Wenn ich also mit diesen Mitarbeitern spreche, werde ich auch abgehört. Ich informierte den Premierminister (Andrej Babis – Anm. d.Red.) darüber, der mir versprach, das Abhören einzustellen. Dies stellte sich jedoch als unwahr heraus, denn aus den Tiefen des BIS habe ich wieder erfahren, dass das Abhören weitergeht“, so Zeman weiter.

Es sei inakzeptabel, dass der Chef des Geheimdienstes ohne Beweise und Argumente beschließe, fast jeden Bürger der Republik abzuhören. Andererseits müsse der BIS die vom Gesetz zugewiesenen Aufgaben – insbesondere zur Feststellung schwerer Verstöße im wirtschaftlichen Bereich – erfüllen.

Babis sagte seinerseits am Sonntag, dass seine Vollmachten nicht die Verwaltung des Abhörens von Bürgern einschließen würden.

„Weder die Regierung noch ich als Premierminister sind befugt, das Abhören zu genehmigen und zu stoppen, und natürlich habe ich keine Informationen darüber, wen der BIS oder die Polizei abhören. Soweit ich weiß, ist das Abhören in allen Fällen vom Gericht zugelassen. Ich habe mich nie dafür interessiert, wen unsere Sonderdienste abhören“, betone der Premierminister.

Ein BIS-Sprecher weigerte sich, Zemans Worte über das Abhören zu kommentieren. Zeman kritisiert seit langem die Aktivitäten des BIS und insbesondere dessen Leiters Koudelka, da der Geheimdienst nach Angaben des Präsidenten antirussische und

antichinesische Hysterie im Land schürt.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/15/610472_0:43:2753:1592_1920x0_80_0_0_08cd222ec6c5ba276b6264484aea50cd.jpg

snnews.de: **Evakuierung aus Afghanistan: GIZ bietet Ortskräften Bleibeprämie an**

Die deutsche Entwicklungshilfeagentur GIZ zahlt afghanischen Ortskräften, die das Land nicht verlassen wollen, ein Jahresgehalt im Voraus. Einen entsprechenden „Spiegel“-Bericht bestätigte das Entwicklungsministerium am Sonntag. Es machte aber auch deutlich, dass die afghanischen Mitarbeiter damit nicht zum Bleiben gedrängt werden sollen.

Aus rechtlichen Gründen müssten sie zwar im Gegenzug versichern, sich nicht in das Programm für die Rückführung von Ortskräften aufnehmen zu lassen.

„Sollten die Ortskräfte aber ihre Meinung ändern, insbesondere wenn sich die Gefährdungslage ändert, dann können sie sich immer noch auf die Ausreiseliste setzen lassen“, sagte ein Ministeriumssprecher der Deutschen Presse-Agentur.

Für die Gesellschaft für Entwicklung und Zusammenarbeit (GIZ) waren bis zur Machtübernahme der Taliban noch rund 1100 afghanische Mitarbeiter tätig. Kurz nach dem Umsturz vor einer Woche setzte die Bundesregierung die Entwicklungshilfe komplett aus. Die afghanischen Mitarbeiter können sich nun entscheiden, ob sie auf einen der Evakuierungsflüge vom Flughafen Kabul wollen oder nicht. Diejenigen, die bleiben, bekommen das Jahresgehalt, obwohl sie faktisch keine Beschäftigung mehr haben.

Alle afghanischen Ortskräfte würden „unbürokratisch unterstützt – finanziell und nicht-finanziell“, erklärte das Ministerium. Dazu zählten „Hilfe bei Unterbringung, Ausreise sowie – wenn sie im Land bleiben wollen – eine finanzielle Unterstützung in Höhe eines Jahresgehalts zur Überbrückung der schwierigen Lage“. Letzteres sei von den afghanischen Beschäftigten begrüßt worden.

Es gab allerdings scharfe Kritik an diesem Verfahren. Die FDP-Verteidigungspolitikern Marie-Agnes Strack-Zimmermann nannte es auf Twitter „abstoßend“ und fragte die GIZ: „Was läuft bei euch falsch?“.

Die Grünen-Fraktionsgeschäftsführung Britta Haßelmann nannte das Vorgehen „bitter“. „Ein weiterer Tiefpunkt im Handeln der Bundesregierung“, schrieb sie auf Twitter.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/15/3312187_0:891:2048:2043_1920x0_80_0_0_3978f6c4a9662f5d157cd6a53cd30172.jpg

snnews.de: **Hunderte Taliban-Kämpfer wollen letzte nicht eroberte Provinz Pandschschir einnehmen**

Nach ihrer Machtübernahme in Afghanistan wollen die radikalislamischen Taliban nun auch das als Widerstandshochburg bekannte Panjshir-Tal nördlich der Hauptstadt Kabul unter ihre Kontrolle bringen.

„Hunderte Mudschaheddin des Islamischen Emirats (Selbstbezeichnung des politischen Systems der Taliban – Anm. d. Red.) sind auf dem Weg in die Provinz Pandschschir, um die Kontrolle über sie zu erlangen, nachdem sich lokale Regierungsvertreter geweigert haben, die Provinz friedlich zu übergeben“, zitiert die Nachrichtenagentur AFP einen Taliban-Sprecher. Laut einer Quelle der Agentur RIA Novosti warten Taliban-Kämpfer auf den Befehl, einen Angriff zu starten.

Am Sonntag hatten die Taliban mitgeteilt, der Anführer der Widerstandskämpfer von Pandschschir, Ahmad Massoud, habe vier Stunden Zeit, um sich zu ergeben.

Massoud ist Sohn des Feldkommandeurs und Führers der „Nördlichen Allianz“ Ahmad Shah Massoud, der ebenfalls gegen die Taliban gekämpft hatte und im September 2001 tödlich verletzt wurde.

Als Antwort auf das Ultimatum der Taliban sagte Massoud, die Einwohner der Provinz seien bereit, sie zu verteidigen und würden Pandschschir nicht aufgeben. Massoud betonte, er und seine Unterstützer „wollen den Krieg beenden und den Dialog suchen“. Sollten die Taliban ihre Politik nicht ändern, so Massoud, würden sie nicht lange an der Macht bleiben. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0f/3224362_0:3:2765:1558_1920x0_80_0_0_26538c3c8

ee3288df722c46764052d49.jpg

vormittags:

snanews.de: **Bundeswehr: Feuergefecht am North Gate des Flughafens Kabul – ein Todesopfer**

Am North Gate des Flughafens Kabul ist es am Montagmorgen laut einer Bundeswehr-Mitteilung zu einem Feuergefecht zwischen afghanischen Sicherheitskräften und unbekanntem Angreifern gekommen.

Der Zwischenfall ereignete sich demnach am Montag um 04:13 Uhr MESZ.

Eine afghanische Sicherheitskraft wurde dabei getötet. Drei weitere sollen verwundet worden sein.

„Am weiteren Verlauf des Gefechtes waren amerikanische und deutsche Kräfte ebenfalls beteiligt. Alle Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind unverletzt“, heißt es im Statement der Bundeswehr. ...



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/17/3326735_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_d6d456a6b132f5273cf002f501d73729.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 22. August 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Molodjoshnoje wurde mit einem großkalibrigen Maschinengewehr und Schusswaffen beschossen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Russland: FSB nimmt Ukrainer fest, der russische Waffen ausspionierte**

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB berichtet über die Festnahme eines ukrainischen Staatsbürgers in der Stadt Tula. Der Mann habe versucht, geheime Informationen über russische Waffen zu erhalten, heißt es. Außerdem soll er Mitarbeiter von Rüstungsunternehmen angeworben haben.

Der ukrainische Bürger, der geheime Informationen über neueste Waffen und technische Unterlagen sammelte, sei auf frischer Tat ertappt worden, berichtete der FSB am Montag. Er soll auf Anweisung der ukrainischen Geheimdienste nach russischen Mitarbeitern von Rüstungsunternehmen gesucht haben, die Zugang zu vertraulichen Informationen haben. "Sein Ziel war es, Russen anzuwerben und von ihnen rechtlich geschützte Daten über vielversprechende Entwicklungen im Bereich der Schusswaffen zu erhalten", so der FSB. Gegen den Mann wurde ein Strafverfahren wegen Spionage eingeleitet. Im Falle einer Schuldigsprechung drohen ihm bis zu 20 Jahre Haft.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61235d3648fbef503b0581a3.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 22. August 3:00 Uhr bis 23. August 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Leninskoje.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 9.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Nord Stream 2: Lawrow nennt Vorteile des Gaspipeline-Baus für Europa

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat die Behauptungen europäischer Länder, dass die Gaspipeline Nord Stream 2 ihre Abhängigkeit von Gas aus Russland erhöhen wird, als „unbegründet“ zurückgewiesen. Aus seiner Sicht können davon sowohl Russland als auch Europa profitieren. Das teilte er gegenüber der ungarischen Zeitung „Magyar Nemzet“ mit. Vor seinem Arbeitsbesuch in Budapest, der an diesem Dienstag stattfinden soll, beantwortete Lawrow im Interview mit der ungarischen Zeitung mehrere Fragen zu einigen brisanten Themen – zur Sprache kam auch die Gaspipeline Nord Stream 2, deren Bau vonseiten Europas oft im Kreuzfeuer der Kritik steht.

„Wir betrachten den Bau der Nord Stream 2-Gaspipeline als rein geschäftliches Projekt, das für beide Seiten vorteilhaft ist. Behauptungen, die Gaspipeline werde die Abhängigkeit Europas von russischen Gaslieferungen erhöhen, sind unbegründet“, bestätigte Lawrow im Interview mit der ungarischen Tageszeitung „Magyar Nemzet“.

Mit der Inbetriebnahme von Nord Stream 2, so der Außenminister, werde eine zusätzliche Diversifizierung der Gasversorgungsrouten gewährleistet, ohne ihr derzeitiges Volumen zu

erhöhen. Laut Lawrow kann man auch eine stabile Gasversorgung der europäischen Verbraucher auf kürzestem Wege sicherstellen, was zur Verringerung des durch seinen Transport herbeigeführten „ökologischen Fußabdrucks“ führen werde.

„Folglich wird Nord Stream 2 die Energiesicherheit Europas strategisch für die kommenden Jahrzehnte erhöhen. Gerade deswegen sprechen sich die am Projekt interessierten europäischen Länder eindeutig für den Bau der Gaspipeline aus.“

Ostseepipeline Nord Stream 2

Die Gasleitung Nord Stream 2 soll russisches Erdgas über die Ostsee nach Deutschland zur Weiterleitung in andere EU-Staaten transportieren. Betreiber der Pipeline ist die Nord Stream 2 AG, eine Tochtergesellschaft des russischen Energiekonzerns Gazprom.

Die USA versuchten gemeinsam mit Verbündeten in der EU, das russisch-europäische Pipelineprojekt durch Sanktionen zu verhindern, auch um Vorzugsbedingungen für das amerikanische Flüssiggas in Europa zu schaffen. Die Bundesregierung hat jedoch im Juli dieses Jahres mit der Biden-Administration eine Einigung zur Fertigstellung von Nord Stream 2 erzielt. Demnach waren bis vor kurzem keine weiteren Sanktionen gegen das Pipelinevorhaben in Sicht.

Allerdings hatten die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, und der ukrainische Präsident, Wladimir Selenski, bei ihrem Treffen am heutigen Sonntag in Kiew Russland davor gewarnt, die neue Ostseepipeline Nord Stream 2 als „politische Waffe“ zu nutzen.

Sie haben Sanktionen gegen Russland in Aussicht gestellt, „wenn die Pipeline als Waffe eingesetzt wird“, so Merkel. Darauf hätten sich Deutschland und die USA verständigt. Berlin verstehe Kiews Bedenken gegenüber dem Projekt und nehme sie „sehr ernst“, betonte Merkel am Sonntag.

Selenski wird Ende des Monats auch US-Präsident Joe Biden in Washington treffen, um womöglich eine Einigung bezüglich der Gaspipeline zu erzielen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/01/45819_0:0:2938:1653_1920x0_80_0_0_fae5232834d32e8c205d0403aa474aef.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 23. August um 9:00 Uhr 8299 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 6640 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 793 Todesfälle.

snaneews.de: **Taliban weiten Amnestie auf Afghanistans Präsident aus – Medien**

Die radikalislamistische Bewegung „Taliban“ hat ihre Generalamnestie für Regierungsmitarbeiter auch auf den Präsidenten Afghanistans Ashraf Ghani, der aus dem Land flüchtete, und seinen Vize Amrullah Saleh ausgeweitet. Das teilte der pakistanische

Fernsehsender „Geo TV“ am Montag mit.

Die beiden könnten nach Afghanistan zurückkehren, wenn sie dies wünschen würden, heißt es.

Zuvor hatten Taliban-Vertreter eine Generalamnestie für alle Regierungsmitarbeiter Afghanistans verkündet.

Wie der ranghohe Taliban-Vertreter Khalil ur Rahman Haqqani gegenüber dem Sender sagte, gibt es zwischen den Taliban sowie Ashraf Ghani, Amrullah Saleh und dem ehemaligen nationalen Sicherheitsberater Hamdullah Mohib „keine Feindschaft“.

„Wir vergeben Ashraf Ghani, Amrullah Saleh und Hamdullah Mohib (dem Sicherheitsberater des Präsidenten). Wir vergeben jedem – vom General (der im Krieg gegen uns gekämpft hat) bis zum einfachen Mann“, zitierte der Sender den Taliban-Vertreter.

Haqqani fügte hinzu, dass die Feindschaft zwischen den Taliban und den dreien nur auf der Religion beruht habe und forderte die Menschen, die aus dem Land fliehen, dazu auf, dies nicht zu tun. Dem fügte er hinzu, dass die „Feinde“ Propaganda verbreiteten, der zufolge die Taliban sich an ihnen rächen würden.

„Die Tadschiken, Belutschen, Hazara und Paschtunen sind alle unsere Brüder“, versicherte er. „Alle Afghanen sind unsere Brüder und können daher in das Land zurückkehren.“ ...



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/17/3330474_0:0:1620:912_1920x0_80_0_0_513abe82ac6de0faf94c80a612da5ffd.jpg

Mzdnr.ru: Am 22. August wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

Am 23. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 53.777 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5769 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 44.060 als gesund entlassen, es gibt 3948 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 133 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 21 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 67 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2359 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 840 mit Sauerstoffunterstützung (+42 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2247 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

snanews.de: **Krise in Afghanistan: OVKS-Staaten halten außerplanmäßige Videokonferenz ab**

Die Staatschefs der Mitgliedsstaaten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit

(OVKS) führen am Montag eine außerordentliche Sitzung des Rates für kollektive Sicherheit durch. Auf der Tagesordnung steht die Frage der Sicherheitsgewährleistung der Staaten vor dem Hintergrund der Ereignisse in Afghanistan.

Die Sitzung wird per Videokonferenz unter dem Vorsitz des tadschikischen Präsidenten, Emomali Rahmon, abgehalten. Die Staats- und Regierungschefs der Länder diskutieren auch über eine wirksame gemeinsame Reaktion auf mögliche grenzüberschreitende Herausforderungen und Bedrohungen.

Der russische Präsident, Wladimir Putin, hatte im Juli und August dreimal mit Rahmon telefonisch über die Lage in Afghanistan gesprochen. Nach Angaben des Pressedienstes des tadschikischen Staatschefs „sprachen sich die Präsidenten während des letzten solchen Gesprächs am 18. August für eine weitere Koordinierung der Bemühungen auf bilateraler und multilateraler Basis zur Stärkung des Schutzes der tadschikisch-afghanischen Grenze und für eine umfassende Hilfe zur friedlichen Beilegung des afghanischen Problems aus.“

Die OVKS ist eine internationale Sicherheitsorganisation, die derzeit aus folgenden sechs Mitgliedsstaaten besteht: Russland, Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. Der Vertrag über kollektive Sicherheit wurde 1992 in Taschkent unterzeichnet.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/17/3331110_0:0:2580:1452_1920x0_80_0_0_1690dc1912d18ba73e730ae01baece79.jpg

deu.belta.by: **Lukaschenko setzt sich für einheitliche OVKS-Position zu möglicher Anerkennung von Taliban ein**

Alexander Lukaschenko engagiert sich für eine bestimmte Einstellung zur möglichen Anerkennung der Taliban-Bewegung von verschiedenen Ländern. Das hat er heute beim außerordentlichen Gipfeltreffen des Rates für Kollektive Sicherheit angekündigt.

„Angesichts der diplomatischen Bemühungen der Taliban, Beziehungen zu regionalen Schlüsselaktoren weltweit aufzunehmen, neigen sich schon einige Länder zur Anerkennung der Bewegung. Im Rahmen unserer Organisation ist es wichtig, sich klar vorzustellen, wie weit das realistisch ist und welche Einstellung wir in diesem Fall haben“ sagte der belarussische Staatschef.

„In diesem Sinne rechnen wir sehr damit, dass der Präsident Russlands, wie immer, uns über russische Position rechtzeitig informiert. Da Russland nicht einfach ein Schlüsselakteur ist. Es ist der Hauptakteur. Und von Russland wird, natürlich in einem Bündnis mit mittelasiatischen Republiken, vieles abhängen“ wies Alexander Lukaschenko hin.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1629713599_58105_big.jpg

ukrinform.de: **Selenskyj: Krim-Plattform muss Russland zu Verhandlungen über die Rückkehr der Krim zwingen**

Die Teilnehmer der „Krim-Plattform“ beginnen, ein neues Kapitel in der Geschichte zu schreiben – die Geschichte der Deokkupierung der Krim.

Dies erklärte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj während seiner Anrede beim Antrittsgipfel zur Deokkupierung der Krim „Krim-Plattform“.

Der Präsident machte deutlich, dass die Ukraine einer wirksamen Unterstützung auf internationaler Ebene bedürfe. Darüber hinaus äußerte er seine Überzeugung, dass gemeinsame Anstrengungen dazu beitragen würden, von der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine loszukommen.

"Die vorläufige Besetzung der Autonomen Republik Krim begann am 20. Februar 2014 und dauerte 2.741 Tage. Zu viel, zu viel Zeit. Wir dürfen keinen Tag mehr verlieren", fügte der Staatschef hinzu.

Die Krim-Plattform ist ein neues Beratungs- und Koordinierungsformat, das von der Ukraine initiiert wurde. Es stellt sich zum Ziel, die Effektivität der internationalen Reaktion auf die Besetzung der Krim und den internationalen Druck auf Russland zu erhöhen, weiteren Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen und Opfer des Besatzungsregimes zu schützen sowie das Hauptziel zu erreichen – die De-Okkupation der Krim und deren Rückkehr in die Ukraine.

Am Gipfel Krim-Plattform nehmen ranghohe Vertreter aus 45 Ländern teil.



https://static.ukrinform.com/photos/2021_08/thumb_files/630_360_1629714771-1957.jpeg

snanews.de: **Taliban geben Belagerung von Provinz Pandschir bekannt – wollen jedoch friedliche Lösung**

Die Kämpfer der militant-islamistischen Bewegung Taliban haben nach eigenen Angaben die einzige von ihnen bislang nicht kontrollierte Provinz Pandschir belagert. Allerdings streben die Taliban angeblich eine friedliche Lösung der Situation an.

„Die (Taliban-)Kämpfer aus den Provinzen Badachschan, Tachar und Baglan sind in der Nähe der Provinz Pandschir stationiert“, heißt es in einer Erklärung der Bewegung. „Der Feind in der Provinz wird belagert. Das Islamische Emirat strebt eine friedliche Lösung des Konflikts an“, lautet es weiter.

Zuvor hatte Taliban-Sprecher Mohammad Naeem angekündigt, der Militäreinsatz in der Provinz Pandschir ziele darauf ab, das Land unter der Herrschaft der Taliban zu vereinigen. Am Sonntagabend teilte eine Quelle gegenüber SNA mit, die Taliban-Kämpfer würden bereits auf einen entsprechenden Befehl warten.

Widerstandsanführer will Pandschir nicht aufgeben

Zuvor hatten die Taliban dem Anführer der lokalen Widerstandskräfte, Ahmad Massoud, vier Stunden Zeit gewährt, damit er kapitulieren könnte. Als Reaktion darauf äußerte Massoud, dass Pandschir nicht aufgegeben werde und dessen Einwohner zum Widerstand bereit seien, so wie sie es auch während der sowjetischen Militärpräsenz gewesen seien. Er bestätigte darüber hinaus westliche Medienberichte, wonach er neben den lokalen tadschikischen Milizen auch Militärs aus anderen Teilen Afghanistans, darunter auch Spezialeinheiten, unter seinem Kommando hat.

Massouds Vater, Ahmad Schah Massoud, war einer der Anführer des Anti-Taliban-Militärbündnisses „Nordallianz“. Er wurde von Terrorkämpfern vor 20 Jahren getötet.

Vormarsch der Taliban

Anfang August hatten die Taliban ihre Offensive gegen die Regierungstruppen in Afghanistan intensiviert. Am 15. August drangen die Kämpfer in die Hauptstadt ein und brachten den Präsidentenpalast unter ihre Kontrolle.

In der Nacht zum 16. August verkündete der Taliban-Sprecher Mohammad Naeem, dass der Krieg in Afghanistan beendet sei. Bald werde klar sein, wie das Land künftig regiert werde, sagte er.

Der afghanische Präsident, Aschraf Ghani, verließ das Land, um ein „Blutvergießen zu verhindern“. Drei Tage später versprach er in einer Videobotschaft aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, bald nach Hause zurückzukehren. Vizepräsident Amrullah Saleh erklärte, er sollte nun verfassungsgemäß zum Staatsoberhaupt ernannt werden und rief zum bewaffneten Widerstand auf.

Alle Grenzübergänge in Afghanistan sollen derzeit von den Taliban kontrolliert werden. Die Mitarbeiter der ausländischen Botschaften sowie afghanische Ortskräfte, die für Ausländer behilflich waren, werden über den einzigen Flughafen von Kabul evakuiert, der von den US-Soldaten und anderen Nato-Militärs gehalten wird.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/17/3330662_0:9:3073:1737_1920x0_80_0_0_f0db674c520cef9a9a1a13094c72a1c6.jpg

dnr-sckk.ru: Erklärung des Leiters der Vertretung der DVR im GZKK bezüglich der Überprüfung der Effizienz gemeinsamer Aktivitäten der Behörden der Republik im Falle möglicher äußerer Gefahren

Die Situation an der Kontaktlinie wird weiter von den bewaffneten Formationen der Ukraine zugespitzt: Praktisch täglich wird das Territorium der Republik mit verschiedenen Arten von Waffen beschossen. Von einer relativen Einhaltung der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueinstellung konnte glaubhaft nur im letzten Jahr gesprochen werden: Seit Beginn des neuen Jahres beobachten wir ein Ignorieren aller Vereinbarungen im Bereich der Sicherheit und eine wesentliche Verschlechterung der Situation an der Kontaktlinie.

Seit Januar dieses Jahres wurden praktisch 1000 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung festgestellt, was die Zahl im Zeitraum seit dem Beginn der Geltung der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueinstellung um mehr als das 3,5fache übersteigt. Die Zahl der Fälle des Einsatzes schwerer Waffen hat um ein Mehrfaches zugenommen. Im Jahr 2021 haben die BFU 19-mal Artillerie verschiedener Kaliber eingesetzt und dabei 201 Artilleriegeschosse abgefeuert, 327-mal wurden Mörser eingesetzt und 2790 Mörsergeschosse abgefeuert. Die Gesamtzahl der abgefeuerten Geschossen hat sich auch um mehr als das Dreifache vergrößert.

Besondere Beunruhigung ruft der zielgerichtete Beschuss von Wohngebieten der Republik hervor: Praktisch täglich befinden sich Zivilisten unter dem Feuer der BFU, was tragische und zerstörerische Folgen mit sich bringt.

Ein solcher Fall ereignete sich am 2. August, infolge einer militärischen Aggression der BFU wurden in Kominternowo Zivilisten verletzt: ein Mann und eine Frau, letztere starb am nächsten Tag an ihren Verletzungen.

Insgesamt sind in den 235 Tagen sechs Zivilisten getötet worden, elf wurden unterschiedlich schwer verletzt, vier Wohnhäuser wurden vollständig zerstört, 181 Häuser, 31 Infrastrukture Objekte und acht Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die am meisten beschossenen Ortschaften sind Vorstädte von Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Staromichajlowka, Alexandrowka), der Nikitowskij-Bezirk von Gorlowka und Kominternowo.

Die besondere OSZE-Beobachtermission bestätigt auch eine erhebliche Zunahme der Eskalation und tägliche Verletzungen des Regimes der Feueinstellung in ihren Berichten. Vor diesem Hintergrund hören wir regelmäßig eine kriegerische Rhetorik des offiziellen Kiew. So hat kürzlich der Kommandeur der BFU Salushnyj erklärt, dass die BFU sich auf einen Angriff zur „Befreiung der besetzten Territorien“ vorbereiten müssten. Von einer

Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen der Friedensverhandlungen im Bereich der Sicherheit ist nicht die Rede. Wir bewerten solche Erklärungen auf so hohem offiziellem Niveau als Rückzug der Ukraine von diesen ihren Verpflichtungen zu einer friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass.

In diesem Zusammenhang hat der oberste Kommandeur der Donezker Volksrepublik die Entscheidung getroffen, vom 23. bis 27. August eine weitere Überprüfung der Effizienz der gemeinsamen Aktivitäten der republikanischen Behörden zur Lösung von Krisensituationen im Fall möglicher äußerer Bedrohungen von Seiten der Ukraine.

snanews.de: **Taliban drohen USA mit militärischer Gewalt bei Verzögerung des Truppenabzugs**

Ein Sprecher der Taliban hat die USA aufgefordert, den 31. August als Endtermin für den Abzug ihrer Truppen unbedingt einzuhalten. Anderenfalls droht nach Aussage des Sprechers auch eine gewaltsame Reaktion.

Sollten die Vereinigten Staaten die Beendigung ihres Truppenabzugs hinauszögern, werden die Taliban dies nach Darstellung ihres Sprechers Suhail Shaheen als „Fortsetzung der Okkupation“ betrachten. „Wenn eine Okkupation vorliegt, dann erfolgt natürlich unsere Reaktion“, erklärte Shaheen gegenüber dem Sender „Sky News“. Auf die Frage, ob auch eine Reaktion militärischer Art denkbar sei, sagte der Taliban-Vertreter: „Ja, in allen Formen.“ Der 31. August sei eine „rote Linie“, Präsident Biden habe zugesagt, diesen Endtermin für den Truppenabzug einzuhalten. Auch werde es keine Verlängerung der derzeit laufenden Evakuierungen aus Kabul geben: „Falls die USA oder Großbritannien zusätzliche Zeit für die Fortsetzung der Evakuierung fordern, lautet die Antwort ‚nein‘.“ Den zugesagten Termin einzuhalten, sei auch eine Frage des Vertrauens.

Vorher wurde berichtet, der britische Premierminister Johnson möchte Präsident Biden beim G7-Sondergipfel am Dienstag darum bitten, den Stichtag für den Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan zu verschieben. Der US-Präsident hat Medienberichten zufolge bereits seine Bereitschaft dazu signalisiert.

„Keine Angst vor den Taliban“

Angesprochen auf die dramatischen Zustände am Flughafen Kabul sagte der Taliban-Sprecher laut „Sky News“, die Menschen dort würden nicht aus Angst um ihr Leben Afghanistan verlassen wollen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen: „Sie wollen sich in westlichen Ländern niederlassen, weil Afghanistan ein armes Land ist und 70 Prozent der Afghanen unterhalb der Armutsgrenze leben. Also will jeder für ein wohlhabendes Leben in den Westen auswandern. Um Angst geht es dabei nicht.“

Berichte über verängstigte Menschen und Gräueltaten, die die Islamisten an der Zivilbevölkerung verübten, bezeichnete Shaheen als „Fake-News“, die absichtlich von Gegnern gestreut würden.

Lage in Afghanistan

Die Taliban haben vor rund einer Woche die Macht in Afghanistan übernommen. Die islamistischen Kämpfer waren seit dem Abzug der Nato-Truppen aus Afghanistan landesweit auf dem Vormarsch. Präsident Ghani war ins Ausland geflohen, kurz bevor die Taliban den Präsidentenpalast in der Hauptstadt Kabul einnahmen. Später gestand Ghani in einer Facebook-Botschaft die Niederlage gegen die Taliban ein.

Das Außenministerium in Abu Dhabi teilte letzte Woche mit, dass sich Aschraf Ghani mit seiner Familie in den Vereinigten Arabischen Emiraten aufhalte. Ghani hat inzwischen in einer Videobotschaft versprochen, bald nach Afghanistan zurückzukehren.

Die Taliban haben den Krieg in Afghanistan für beendet erklärt. Die neue Regierungsform werde in der nächsten Zeit bestimmt. Auf die Bildung einer Interimsregierung werde man sich allerdings nicht einlassen. Mittlerweile haben die neuen Machthaber eine allgemeine Amnestie verkündet. Dennoch versuchen viele Afghanen, ihr Land nach Kräften zu verlassen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/17/3334238_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_d3d987d18e039391b930e9331ac512b6.jpg

dnronline.su: Am Montag, dem 23. August, haben sich Einwohner des Amwrosiewka-Bezirks und Aktivisten der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ am Gedenkort „Ewiges Feuer“ versammelt, um an einer feierlichen Kundgebung aus Anlass der 78. Jahrestags der Befreiung von den faschistischen deutschen Besatzern und des 7. Jahrestags der Befreiung der Stadt von den ukrainischen Truppen teilzunehmen.

„Vor sieben Jahren haben wir erfahren, was Artilleriebeschuss ist, wie Schüsse mit Maschinenpistolen, Mörsern, Grad- und Uragan-Geschützen klingen. Früher oder später wird der Krieg enden, unser Volk wird wieder siegen und weiter heilig seine Geschichte und die Taten seiner Vorfahren ehren, deren Gedenken viele in der Ukraine versuchen auszulöschen. Eine tiefe Verbeugung allen, die im Kampf gegen den Faschismus, im Kampf für unsere Freiheit fielen!“, sagte der Bürgermeister des Amwrosiewka-Bezirks Igor Lysow in seiner Rede.

Die Kundgebungsteilnehmer ehrten das Andenken der gefallenen Soldaten mit einer Schweigeminute. Mitarbeiter der Militärkommandantur der Stadt schossen einen Salut, danach legten die Kundgebungsteilnehmer Blumen am Denkmal nieder.



https://dnronline.su/wp-content/uploads/2021/08/dsc_0027-1026x682.jpg

snaneews.de: **Ryanair-Vorfall: ICAO-Experten in Minsk zur Untersuchung eingetroffen**
Vertreter der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) sind in Weißrussland

eingetroffen, um den Vorfall mit der Notlandung des Ryanair-Flugzeugs zu untersuchen. Dies teilte der Pressedienst des weißrussischen Ministeriums für Verkehr und Kommunikation mit. „Ein Arbeitstreffen mit Vertretern der ICAO-Gruppe fand statt, um die Fakten der Landung der Boeing 737 der Fluggesellschaft Ryanair auf dem Nationalflughafen Minsk zu untersuchen“, heißt es in der Mitteilung.

Der Leiter der Gruppe, Sylvain Lefoyer, versicherte dass die Arbeit der Experten in einer Atmosphäre der Offenheit und Objektivität durchgeführt werde.

Der Abschlussbericht soll bis November vorgelegt werden.

Die weißrussischen Behörden hatten im Mai eine Maschine der irischen Fluggesellschaft Ryanair auf dem Weg von Athen nach Vilnius mit Hilfe eines Kampffjets zur Landung in der Hauptstadt Minsk gebracht – angeblich wegen einer Bombendrohung. Nach EU-Angaben waren 171 Menschen an Bord, darunter Roman Protassewitsch, Gründer des Telegram-Accounts Nexta, der in Weißrussland als extremistisch eingestuft worden ist. Protassewitsch und seine Freundin wurden bei der Kontrolle ihrer Dokumente festgenommen. Gegen den Blogger wurde ein Strafverfahren eingeleitet, unter anderem wegen der Organisation von Massenunruhen. Nun droht ihm eine Haftstrafe von bis zu 15 Jahren.

Das Vorgehen der weißrussischen Behörden löste im Westen massive Kritik und neue Sanktionen gegen Minsk aus.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/05/18/2226381_0:154:2961:1820_1920x0_80_0_0_31b541a01b34b21ebe87d3a6dc26fe5d.jpg

snaneews.de: **Gezerre um Migranten: Polen errichtet Zaun an Grenze zu Belarus**

Polen errichtet einen zweieinhalb Meter hohen Zaun an der Grenze zu Belarus, um die Migranten zu bremsen. Zuvor hatte der belarusische Präsident Alexander Lukaschenko als Reaktion auf Sanktionen erklärt, Minsk werde Migranten nicht mehr an der Weiterreise hindern.

Wegen illegal über Belarus einreisender Migranten errichtet Polen einen 2,50 Meter hohen Zaun an der Grenze zum östlichen Nachbarn. Zudem sollen auch mehr Soldaten den Grenzschutz verstärken, schrieb Polens Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak am Montag auf Twitter. Derzeit sind an der 418 Kilometer langen Grenze zu Belarus bereits 900 Soldaten im Einsatz.

Der belarusische Präsident Alexander Lukaschenko hatte Ende Mai angekündigt, dass Minsk Migranten nicht mehr an der Weiterreise in die EU hindern werde – als Reaktion auf verschärfte westliche Sanktionen. Seitdem verlassen Migranten aus dem Nahen Osten Belarus in Richtung Litauen, zuletzt nahm auch der Druck auf Polen zu.

Am Montag warf Lukaschenko den Polen vor, sie hätten einen Konflikt an der Grenze angezettelt und die Staatsgrenze von Belarus verletzt. „Die Polen haben auf polnischem Gebiet 50 Leute eingefangen, die (...) nach Deutschland wollten, wohin Mutter Merkel sie

gerufen hatte“, sagte er laut der Agentur Belta. Anschließend hätten die Polen diese Gruppe unter Androhung von Waffengewalt auf die belarussische Seite der Grenze getrieben. Nach Angaben des polnischen Grenzschutzes harret eine Gruppe von 24 Flüchtlingen seit Tagen in der Nähe des Dorfes Usnary Gorny im Grenzgebiet zu Belarus aus. Laut der Nachrichtenagentur PAP soll es sich um Afghanen handeln. Polnische Grenzbeamte hätten die Flüchtlinge umstellt und den Zugang mit Fahrzeugen blockiert, auf belarussischer Seite seien bewaffnete Sicherheitskräfte zu sehen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/17/3335702_0:344:2715:1871_1920x0_80_0_0_613160c8dc56e2d254178962a5aa99fd.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 23.08.2021**

In den letzten 24 Stunden wurden **zwei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Strafruppen der 10. Brigade von den Positionen im Gebiet von Leninskoje aus die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit Antipanzergrenatwerfern beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen in Wodjanoje aus **Leninskoje** mit Schusswaffen und Antipanzergrenatwerfern beschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer aus der 58. Brigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Wesjoloje** mit 120mm-Mörsern beschossen und sechs Mörsergeschosse abgefeuert.

Außerdem haben unsere Beobachter die **Durchführung technischer Arbeiten auf den Positionen der 58. Panzergrenadierbrigade im Gebiet des Donezker Flughafens** registriert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Verteidiger der Republik beobachten weiter den Gegner, halten streng das Regime der Feueinstellung ein und sind in Bereitschaft, adäquat auf Befehl des Kommandos auf Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen fünf Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Krasnogorowka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

drei gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge in der Nähe von Wohnhäusern in Bogdanowka.

Wir erhalten weiter Informationen über **Verbrechen und Vorfälle in den Reihen der bewaffneten Formationen der Ukraine**.

In der Nacht eröffnete im 3. Bataillon der 28. Brigade im Gebiet von Marjinka der Soldat Simonenko aus Schreck das Feuer mit einer Maschinenpistole auf den ihm während des Schlaf unerwartet überrumpelnden stellvertretenden Zugführer. Infolge der Verletzungen starb der Kämpfer an Ort und Stelle. Wir schließen nicht aus, dass das Kommando der OOS versuchen wird, zur Verheimlichung der wahren Umstände seines Todes den Erschossenen im Vorfeld der Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe auf ein Beschuss von Seiten unserer Verteidiger schieben wird.

Solche politischen Spekulationen sind für die ukrainische Seite normal, daher empfehlen wir den Verwandten und Freunden, vom Kommando der ukrainischen Streitkräfte eine objektive Untersuchung im Falle des Todes ukrainischen Soldaten in der OOS-Zone zu verlangen.

Wir verfügen über Informationen, **dass in der 28. Brigade drei Filmteams ukrainischer Fernsehkanäle eingetroffen** sind. Außer der Erstellung inszenierter Materialien über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der Republik hat der Kommandeur der OOS den die Journalisten begleitenden Offiziers des 74. Zentrums für informationspsychologische Operativen angewiesen, Videoreportagen zu erstellen und über die Massenmedien zu verbreiten, die auf eine Anhebung des Prestiges der Soldaten, die Aufgaben in der OOS-Zone ausführen, gerichtet sind, wobei auch deren Versorgung mit allen Arten von Lebensmitteln demonstriert werden soll.

Zurzeit werden auf den Positionen des 2. Bataillons der 28. Brigade die Schützengräben und Quartiere zusätzlich ausgerüstet, um diese den Filmteams vorzuführen. Außerdem betreibt der für Personal zuständige stellvertretende Bataillonskommandeur eine Auswahl und Instruierung von Soldaten, die an den inszenierten Aufnahmen teilnehmen werden.

Die aktive Arbeit der Medien hängt mit der Arbeit des Kommandeurs der OOS Pawljuk im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ zusammen. So versuchen die Propagandisten, das Prestige des Militärdienstes unter den ukrainischen Soldaten zu erhöhen sowie dem Kommando das angeblich hohe Niveau der Versorgung und der militärischen Ausbildung zu demonstrieren.

snanews.de: **OVKS will bis Mitte September Gegenmaßnahmen zu Gefahren aus Afghanistan erarbeiten**

Spitzenpolitiker der Teilnehmerstaaten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) haben in der heutigen Sitzung beauftragt, bis zum 16. September Maßnahmen zur Reaktion auf die von Afghanistan ausgehenden Gefahren zu erarbeiten. Das teilte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Montag mit.

„Zu den Ergebnissen der Sitzung haben die Staats- und Regierungschefs vereinbart, die Außen- und Verteidigungsministerräte, den Ausschuss der Sekretäre der Sicherheitsräte zu beauftragen, zusammen mit dem Sekretariat Maßnahmen zur gemeinsamen Reaktion auf die potentielle Gefahr, die zurzeit von Afghanistan ausgeht, operativ zu erarbeiten“, sagte Peskow gegenüber Journalisten.

Zudem verwies er darauf, dass es reale Risiken für den ganzen Eurasischen Raum und die Welt im Allgemeinen gebe. Laut Peskow rechnen die Spitzenpolitiker damit, dass dieser Auftrag bis zum 16. September in Erfüllung gehen werde.

Die Spitzenvertreter der OVKS-Staaten seien sich darüber im Klaren, dass die Anstrengungen der Uno, ihres Sicherheitsrates und der G20 zur Situation in Afghanistan koordiniert werden müssten.

Niemand will sich in die Ereignisse in Afghanistan einmischen

Wie Peskow weiter betonte, hat niemand vor, sich in die Situation in Afghanistan einzumischen.

„Nein, davon ist gar keine Rede“, sagte Peskow in Bezug auf eine mögliche diplomatische Einmischung in die Situation in Afghanistan.

„In der außerordentlichen Sitzung (des Rates für kollektive Sicherheit der OVKS – Anm. d. Red.) wurde unter anderem diese Entwicklungslinie der Ereignisse (der Einmischung – Anm. d. Red.) erwähnt, wobei in dem Kontext, dass dies potentiell zu einem weiteren Bürgerkrieg in Afghanistan führen sowie eine zusätzliche Bedrohung und Gefahr mit sich bringen könne. Natürlich hat niemand vor, sich in diese Ereignisse einzumischen“, betonte Peskow.

Zudem verwies der Kreml-Sprecher darauf, dass die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (auch IS; Daesh) eine starke Position in Afghanistan beibehalte.

„Die Teilnehmer und der Präsident (Russlands Wladimir Putin – Anm. d. Red.) haben in ihrer Rede besondere Besorgnis im Zusammenhang damit geäußert, dass der IS eine durchaus starke Position in Afghanistan beibehält. Das ist eine sehr gefährliche Tendenz, die eine Gefahr für den OVKS-Raum darstellt“, so Peskow.

Indes zeigt sich die OVKS laut ihrem Generalsekretär, Stanislaw Sas, bereit, mit der Nato zur Situation in Afghanistan zusammenzuwirken. Das Bündnis habe aber bisher keine solche Bereitschaft an den Tag gelegt.

„Was das Zusammenwirken mit der Nato anbelangt, so haben wir schon seit langem unsere Bereitschaft bekundet, in allen für unsere Organisationen aktuelle Fragen, Gefahren, darunter auch zu Afghanistan, zusammenzuwirken“, sagte Sas bei einem Pressegespräch.

„Bedauerlicherweise haben die Nato-Mitgliedsländer keine solche Bereitschaft gezeigt. Ich denke, dass ein solcher Dialog, ein solches Zusammenwirken die Lokalisierung jener Gefahren, die zurzeit von der Situation in Afghanistan ausgehen, von Nutzen sein könnte“, fügte Sas hinzu.

OVKS-Sitzung

Am Montag führten Spitzenpolitiker der OVKS-Mitgliedsstaaten eine außerordentliche Sitzung des Rates für kollektive Sicherheit durch. Auf der Tagesordnung stand die Frage in Bezug auf die Sicherheitsgewährleistung der Staaten vor dem Hintergrund der Ereignisse in Afghanistan.

Die Sitzung fand per Videokonferenz unter dem Vorsitz des tadschikischen Präsidenten, Emomali Rahmon, statt. Die Staats- und Regierungschefs der Länder diskutierten auch über eine wirksame gemeinsame Reaktion auf mögliche grenzüberschreitende Herausforderungen und Bedrohungen.

Der OVKS gehören neben Russland auch Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Weißrussland an. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/17/3336559_0:127:3131:1888_1920x0_80_0_0_93f59796c370eb7a14f19a15d7a18c59.jpg

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponko

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 24. mechanisierten Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Postupalskij von den Positionen im Gebiet von Katerinowka aus **Molodjshoje** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Der Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zu Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und Beschuldigungen der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung Ruhen einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. ...

snaneews.de: Afghanische Zivilluftbehörde setzt alle Flüge auf Kabuler Flughafen bis auf weiteres aus

Die afghanische Zivilluftbehörde hat alle Flüge auf dem internationalen Flughafen Kabul bis auf weiteres gestoppt. Die entsprechende Mitteilung wurde auf dem Facebook-Account der Behörde veröffentlicht.

„Alle Flüge auf dem internationalen Flughafen Hamid Karzai sind eingestellt worden“, heißt es.

Zudem habe die Behörde die Bürger dazu aufgerufen, das Gelände des Flughafens nicht zu besuchen, um das Gedränge und eventuelle Unfälle zu vermeiden.

Seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan versuchen täglich zahlreiche Afghanen und ausländische Staatsbürger, sich Zutritt zum Flughafen der Hauptstadt zu verschaffen, um mit einem der Evakuierungsflüge aus dem Land zu fliehen.

Die deutsche und die US-amerikanische Botschaft in Kabul rieten ihren Staatsbürgern am Samstag von Versuchen ab, den Flughafen zu erreichen. Aufgrund der großen Menschenmenge ist es zurzeit fast unmöglich, dorthin zu gelangen.

Das US-Außenministerium hatte zuvor bekanntgegeben, dass der Flughafen Kabul für 48 Stunden geschlossen werde, um die sich bereits auf seinem Territorium befindenden Personen auszufliegen. Danach sollen die Flüge wieder aufgenommen werden.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/17/3335847_321:0:1935:908_1920x0_80_0_0_52e8b6bf4e39161f85884110707b9e02.jpg

dan-news.info: 702.193 Einwohner der DVR haben bisher einen DVR-Pass erhalten, davon sind 454.542 über 18 Jahre alt, teilte der Migrationsdienst des Innenministeriums der DVR mit.

snaneews.de: **Kritik an Äußerung Merkels – Moskau verweist auf Grundstein der Lösung im Ukraine-Konflikt**

Dmitri Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten, hat die Äußerung von Angela Merkel zur Rolle Russlands in der Ostukraine unter Bezug auf das Minsker Abkommen kritisiert. Die Bundeskanzlerin hatte Russland am gestrigen Sonntag in Kiew zur Konfliktpartei im Ukraine-Konflikt erklärt.

Was die Rolle Russlands im Ukraine-Konflikt betrifft, so sei man geteilter Meinung, erklärte Peskow in Bezug auf die Äußerung der Bundeskanzlerin am gestrigen Sonntag in Kiew. Dort hatte Merkel gesagt: „Denn wir sehen gemeinsam mit der Ukraine, dass Russland in diesen Konflikt natürlich intensiv involviert ist.“

Peskow erinnerte in diesem Zusammenhang an das Minsker Abkommen, den „Grundstein der Krisenlösung in der Ukraine“. Es sei stets geboten, sich dieses Abkommen zu vergegenwärtigen. Darin seien alle Konfliktparteien ausdrücklich aufgeführt, Russland gehöre nicht dazu: „Im Minsker Abkommen wird Russland überhaupt nicht erwähnt.“

Ukraine-Gipfel statt Direktverhandlungen?

Das Minsker Abkommen enthält Maßnahmen zur Regulierung des Konflikts zwischen Kiew und den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk im Osten der Ukraine, dem Donbass. Es wurde in den Jahren 2014-2015 im sogenannten Normandie-Format von Russland, Deutschland, Frankreich und der Ukraine ausgehandelt.

Moskau ruft die Führung in Kiew immer wieder zur Einhaltung dieses Abkommens auf, so auch zur Aufnahme direkter Verhandlungen mit den Konfliktparteien im Donbass. Kanzlerin Merkel aber hatte Kiew am Sonntag in der Ablehnung direkter Verhandlungen mit den Gebieten im Osten des Landes unterstützt und stattdessen vorgeschlagen, noch vor Ende ihrer Kanzlerschaft einen neuen Ukraine-Gipfel abzuhalten.

Kremlsprecher Peskow erklärte zu Merkels Vorschlag, für einen erneuten Gipfel im Normandie-Format fehle es an Voraussetzungen. Zwar wollten alle, dass ein solcher Gipfel zu einem bedeutenden Schritt auf dem Weg der innerukrainischen Konfliktregulierung werde. „Aber um einen Gipfel abzuhalten, braucht es einen wesentlichen Inhalt. Dieser fehlt jedoch nach wie vor.“ Das Einzige, was laut Peskow derzeit in Bezug auf den Ukraine-Konflikt festzustellen wäre, „ist der fehlende Fortschritt und in einigen Punkten der Rückschritt der

Lage“.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/17/3337399_0:0:3520:1980_1920x0_80_0_0_d8ee96ea890bcc93d55fcf485ca9616a.jpg